NRW

# Realitätscheck Wasserstoff vorgelegt

**[24.06.2026] Nordrhein-Westfalen hat der EU acht Vorschläge für einen schnelleren Aufbau der europäischen Wasserstoffwirtschaft vorgelegt. Die Empfehlungen sollen Investitionen erleichtern, regulatorische Hürden abbauen und den stockenden Markthochlauf voranbringen.**

Nordrhein-Westfalen hat einen „Realitätscheck Wasserstoff“ mit acht Handlungsempfehlungen an die Europäische Kommission übergeben, um den Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen. Wie das Land Nordrhein-Westfalen berichtet, überreichte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) das Papier am 22. Juni 2026 in Brüssel an den Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission, Stéphane Séjourné (RE). Zuvor hatten Wüst, Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Bündnis 90/Die Grünen) und Europaminister Nathanael Liminski (CDU) das Dokument an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) übersandt.

Mit dem Papier setzt die Landesregierung eine Vereinbarung um, die sie im Juli 2025 gemeinsam mit der EU-Kommission und führenden Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen getroffen hatte. Ziel war es, die europäischen Wasserstoffregelungen einem Praxistest zu unterziehen und Vorschläge für einen schnelleren Markthochlauf zu entwickeln. Die Empfehlungen entstanden gemeinsam mit Industrie- und Wirtschaftsunternehmen und sollen in die Weiterentwicklung der europäischen Wasserstoffpolitik einfließen.

## Abbau von Investitionshemmnissen

Im Mittelpunkt steht der Abbau von Investitionshemmnissen. Nach Ansicht der Landesregierung bremsen regulatorische Vorgaben, fehlende Infrastruktur und mangelnde Planungssicherheit derzeit viele Projekte aus. Wüst erklärte: „Europa kommt beim Wasserstoffhochlauf nicht schnell genug voran. Dabei ist Wasserstoff eine Schlüsseltechnologie für Klimaschutz, wirtschaftliche Stärke und eine sichere Energieversorgung.“ Viele Unternehmen seien bereit zu investieren, benötigten dafür aber verlässliche Rahmenbedingungen.

Zu den Vorschlägen gehört der schnelle und verbindliche Ausbau des European Hydrogen Backbone. Das europaweite Wasserstoffnetz soll Erzeugungsregionen mit industriellen Verbrauchszentren verbinden, die Versorgungssicherheit erhöhen und Investitionen erleichtern. Zudem fordert Nordrhein-Westfalen Instrumente zur Risikoabsicherung für Unternehmen, die Wasserstoff transportieren, speichern und handeln.

Weitere Empfehlungen betreffen die Europäische Wasserstoffbank. Deren Förderinstrumente sollen neben Elektrolyseuren auch Import- und Umwandlungsinfrastrukturen stärker berücksichtigen. Dadurch sollen regionale Unterschiede ausgeglichen und Fördermittel effizienter eingesetzt werden.

## Senkung der Produktionskosten

Die Landesregierung schlägt außerdem vor, die Produktionskosten für grünen Wasserstoff zu senken. Dazu sollen bestehende Übergangsregelungen verlängert und Wettbewerbsnachteile für Elektrolyseure

abgebaut werden. Gleichzeitig fordert sie mehr Planungssicherheit für Projekte im Bereich CO?-armer Wasserstoff. Unternehmen benötigten verlässliche Vorgaben für Zertifizierung und Emissionsberechnung, um Investitionsentscheidungen treffen zu können.

Darüber hinaus setzt sich Nordrhein-Westfalen für eine stärkere Internationalisierung des Wasserstoffmarktes ein. In einer Übergangsphase sollen auch CO?-Quellen aus Industrieprozessen in Drittstaaten genutzt werden können, um internationale Lieferketten aufzubauen. Ergänzend fordert das Land eine gemeinsame europäische Importstrategie für Wasserstoff und Wasserstoffderivate. Eine koordinierte Vorgehensweise soll die Verhandlungsmacht gegenüber Drittstaaten stärken und Konkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten vermeiden.

Da ein flächendeckendes Wasserstoffnetz erst schrittweise entsteht, spricht sich die Landesregierung zudem für flexible Übergangslösungen aus. Ein bilanzieller Handel könnte Unternehmen bereits in der frühen Marktphase den Zugang zu erneuerbarem Wasserstoff ermöglichen.

(th)

Stichwörter: Wasserstoff, European Hydrogen Backbone, Nordrhein-Westfalen